

# Pöfener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei G. B. Alrici & Co.  
Breitstraße 20,  
in Grätz bei G. Strickand,  
in Breslau bei Ph. Mathias,  
in Warschau bei J. Jadschn.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Danne & Co.,  
Zaasenlein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 157.

Sonnabend, 3. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile ober berei-  
raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

### Amtliches.

Berlin, 2. März. Der König hat den Landgerichts-Direktor  
König in Frankfurt a. M. zum Präsidenten des Landgerichts in  
Münster und den Amtsrichter Glimm in Wansleben zum Staats-  
anwalt ernannt; sowie dem Gerichtsdirektor, Sekretär Mügel in Grei-  
schagen und dem Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Rieburg,  
Sekretär Pogore, den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.  
Der König hat den zum Pfarrer an der Petrikirche in Posen  
erhobenen bisherigen Superintendenten und Pfarrer Dr. Borgius in  
Frankfurt a. M. zum Konsistorial-Rath und Mitglied des Konsistoriums  
der Provinz Posen ernannt.

Der Privatdozent Dr. Klein ist zum außerordentlichen Professor  
an der philosophischen Fakultät der Universität Bonn ernannt worden.  
Dem Oberlehrer am königlichen Wilhelms-Gymnasium zu Berlin,  
Wobitzsch, und dem Historienmaler und Zeichenlehrer Richter zu Glas  
das Prädicat Professor beigelegt worden.

Der Rechtsanwalt Nowoczyn in Zempelburg ist zugleich zum Notar  
des Oberlandesgerichts zu Marienwerder mit Anweisung  
seines Wohnsitzes in Zempelburg, und der Rechtsanwalt Senn zu  
Görlitz zum Notar für den Umfang der hohenzollernischen Lande mit  
Anweisung seines Wohnsitzes in Görlitz ernannt worden.

### Vom Landtage.

#### Abgeordnetenhaus. 39. Sitzung.

Berlin, 2. März. Am Ministertische: v. Gögler.  
Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.  
Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt. Bei den dauern-  
den Ausgaben, Kap. 123, „technische Unterrichtsweisen und  
Kunstausstellungen“, Tit. 1-19 sind gestern bereits bewilligt,  
es liegt dazu noch eine Resolution des Abg. Schulz  
vor, die von den Nationalliberalen, Separationisten, Konservativen  
und einigen Konservativen unterstützt ist. Dieselbe lautet: „Das Haus  
der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung auf-  
zufordern, einen Organisations- und Finanzplan beizubringen,  
des vom Kultusministerium unterstellten höheren technischen  
Schulwesens baldmöglichst vorzulegen.“

Abg. Schulz führt aus, daß jetzt die Gefahr vorhanden sei, daß  
in den mittleren Fachschulen die Halb- und Unbildung befördert. Die übertriebenen  
Anforderungen und die Menge der zu erlernenden Formalien hemmen  
eine genügende praktische und umgekehrt der praktische Unterricht ohne  
genügende Vorkenntnisse die technische Ausbildung, so daß der zu er-  
werbende Zweck die Vorbereitung zu einem tüchtigen Baumeister oder  
Künstler, nicht nur in den seltensten Fällen erreicht wird; es werden  
vielmehr nur Ingenieure zweiter Klasse oder halbe Baumeister herange-  
bildet. Da ist eine durchgreifende Organisation im Interesse des  
höheren Gewerbes unumgänglich nötig. Andererseits aber läßt sich  
eine solche nicht durchführen ohne Anwendung bedeutender Mittel, als  
die Preußen bisher für das technische Unterrichtswesen auszuwerfen  
haben. Nicht nur Zahlen zeigen die Unzulänglichkeiten der gegenwär-  
tigen Einrichtungen, daß z. B. in Preußen nur eine Baugewerkschule  
besteht, ist es beweist dies noch mehr die gegenwärtige Lage des  
Handwerks, das in dem Kampfe der allgemeinen Konkurrenz zu er-  
stehen droht. Hier giebt es nur zwei Mittel zur Abhilfe, einmal  
das Wissen der Handwerker zu heben, und dann den Formenstanz  
zu heben, damit der Handwerker nicht zur Maschine herabsinke,  
sondern das Handwerk zur Kunst geedelt werde. Zwar wäre hier  
ein einseitiges Vorgehen des ganzen Reiches erwünscht, allein  
vorläufig möge Preußen dem Vorgange anderer Staaten wie  
Sachsen, Baden, Württemberg folgen und namentlich den niederen  
technischen Schulen besondere Fürsorge widmen. Sieht es doch in  
Preußen in drei Provinzen überhaupt nicht eine solche niedere technische  
Schule. Und wo sie bestehen, da erhebt man hohe Schulgelder, daß der  
Handwerker mehr zu seiner Ausbildung verwenden muß, als sonst zum  
Studium erforderlich ist. Aber nur diese technischen Elementarschulen  
kann dem Handwerk aufhelfen, und wenn man für die höheren Schulen  
Schulpaläste schafft, kann man der Meisterschule wohl ein bescheidenes  
Opfer gönnen. Wir sollten eingedenk bleiben, daß der größte Reich-  
thum unseres Landes die geistige Kraft seiner Bewohner ist und durch  
die Aufnahme des Antrages dem Lande zeigen, daß in der Fürsorge für  
das Volk kein Parteinteresse vorhanden ist.

Geb. Rath Lüders erwidert, daß die Wünsche der Regierung  
zur Lösung des technischen Schulwesens bis jetzt noch nicht vollständig  
berücksichtigt werden konnten, weil zu wenig Mittel dafür vorhanden  
waren. Es ist nicht zu befechten, daß es auf diesem Gebiete heißt:  
Geld und nochmals Geld! Nicht durch die Aufstellung schöner  
Programme können wir es den Nachbarländern nachthun,  
sondern durch höhere Anwendungen. Da dieser Weg zum  
Nationalwohlstand führt, werden die Ausgaben sich reichlich  
erheben. Allein man muß nicht nur das ob, sondern auch  
das unter erwägen. Und da ist nach Ansicht aller Nachbarstaaten  
die Einrichtung von Zeichenschulen, Kunstschulen und Kunstgewerbe-  
schulen erforderlich. In Bezug hierauf ist auch schon Vieles geschehen,  
sowohl in manchen Fächern siegreich bezeugt, und daß zu der anerkannt  
tüchtigen und sorgfältigen Ausübung auch der Geschmack hinzukommt.  
Das zu diesen Fortschritten die praktischen Schulen viel beigetragen  
haben, erkennt die Regierung an und hat dies auch durch eine ein-  
seitige Organisation des rein praktischen Unterrichts gezeigt. Schon  
früher ist das Vorgehen gegenüber den theils theoretischen, theils  
praktischen Anstalten. Hier ist ja die theoretische Ausbildung die  
Grundlage, allein auf die praktische Ausbildung wird gerade von den  
Eltern und deren Eltern ein besonderes Gewicht gelegt. Dabei  
wollen die Wünsche der Interessenten wohl berücksichtigt werden,  
wenn man hier einen Organisationsplan, der allgemein bindend  
würde, würde man wohl mehr reglementiren als organisiren  
wollen. Die Verwaltung nur die Hand binden, unter Berücksichtigung der  
gegenwärtigen Verhältnisse ihre Maßregeln zu treffen. Von diesem Ge-  
sichtspunkte aus halte ich die Annahme eines Organisationsplanes für  
nicht unbedenklich.

Abg. Janssen (Zentrum) schließt sich den Bedenken des Re-  
gierungs-Kommissars in Bezug auf den Organisationsplan an, bittet  
jedoch, in dem nächsten Etat größere Summen für diese Zwecke zu  
bewilligen.

Geb. Rath Dr. Wehrenpennig geht auf die mittleren Fach-  
schulen mit praktischer und theoretischer Ausbildung ein. In Bezug  
auf die Frage, ob man die Aufnahme durch eine praktische Vorbildung  
bedingen soll, herrscht unter den Sachkennern auf dem Gebiete der  
Gewerbeschulen durchaus keine Uebereinstimmung. Ebenso zeigen auch  
viele Anstalten, an denen diese Vorbildung nicht gefordert wird, viel-  
fach erfreulichere Resultate als andere, bei welchen sie nötig ist. Die  
Regierung ist nun bei der Begründung von Fachschulen immer ausge-  
gangen von der Absicht, eine praktische Vorbildung zu verlangen, ist  
davon aber später grade auf Ansuchen der Gewerbevereine, Handels-  
kammern u. s. w. davon zurückgekommen. Wenn sie auch die Sorge  
auf die Werkmeisterschulen und gewerblichen Fortbildungsschulen kon-  
zentriert, so will sie aber doch auch den technischen Mittelschulen ihre  
Fürsorge widmen.

Abg. v. Schenkendorff (nationalliberal) weist darauf hin,  
daß nur drei Viertel der für das technische Unterrichtswesen ausge-  
worfenen Summe für die niederen Schulen verwendet werden. Im  
Uebrigen hat die Regierung mit den vorhandenen, leider nur zu geringen  
Mitteln recht Anerkennenswertes geleistet. Allein noch mehr  
könnte erreicht werden durch Aufstellung eines Organisationsplanes,  
der in großen Zügen den zu gehenden Weg vorschreibt. Das heißt  
nicht reglementiren und hemmt die Verwaltung nicht. Der geforderte  
Organisationsplan beabsichtigt ja nichts Anderes, als eine Erweckung  
des künstlerischen Sinnes im Handwerk. Dazu ist aber gerade eine  
Organisation von unten auf, und namentlich eine einheitliche Gestal-  
tung des Zeichenunterrichts erforderlich. Ein ferneres Element zu der  
Bildung des Kunstsinnes ist der Modellir-Unterricht und die obligato-  
rische Fortbildungspflicht der Lehrlinge in den Fachschulen. Die letztere  
allerdings müßte sich auf das Nothwendigste beschränken und die Vor-  
genannten zum Unterrichte verwenden.

Geb. Rath Lüders erklärt, daß zur Reorganisation des Zeichen-  
Unterrichts ein Plan ausgearbeitet werde.

Abg. Frhr. v. Minnigrode faßt den Antrag Schulz so auf,  
daß derselbe nur eine Darlegung der Ziele, welche die Regierung in  
näherer Zeit verfolgen werde, verlange. Damit werde die Regierung in  
ihren Entschliessungen und Verfügungen keineswegs gebremst.  
Wenn man aber die technische Aufbesserung des Handwerks beabsichtige,  
müsse man dem Handwerk auch eine feste Basis schaffen, auf der es  
praktisch gedeihen könne.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Resolution  
angenommen.  
Es folgt Titel 20 „Königliche Porzellan-Manufaktur,  
Befolgungen.“

Abg. Reichensperger bemängelt, daß auf der Anstalt, wie  
eine eingegangene Petition besagt, zu viel Kleinigkeiten die verschieden-  
artigsten Dinge in Massen fabriziert werden, wodurch der Privat-  
anstalten eine große Konkurrenz erwachse. Man sollte sich mehr auf  
die Herstellung bestimmter Gegenstände und ihre künstlerische Durch-  
bildung beschränken. — Nebst dem tadelt er ferner, daß die in der staatlichen  
Glasmalerei-Anstalt hergestellten Glasmalereien sowohl nach Stil als  
nach Technik viel zu wünschen übrig lassen. Das Geld, das man für  
solche Anstalten verwendet, sollte man für die Meister- und Fachschulen  
ausgeben. In früherer Zeit, wo sich der Staat nicht um das Gewerbe  
kümmerte, blühte es gerade, und erst als der Staat anfing, als Mäcen  
und Monopolist auf dem Gebiete des Handwerks aufzutreten, verfiel es.

Geb. Rath Lüders erklärt, daß die Petition auf einem Miß-  
verständnis beruhe, denn die Manufaktur muß doch die Ausschusswaare  
in Auktionen verkaufen, sie müßte sie denn einfach zerlegen. Bei  
den anderen Waaren sei von einer Konkurrenz nicht die Rede, denn  
der Preis halte sich so hoch — er beträgt z. B. für ein Servis mit 24  
Tellern 700 M. — daß der Privatindustrie kein Abbruch geschieht.  
Wenn die Manufaktur sich auf die Herstellung von Kunstwerken be-  
schränken würde, würde sie, wie die Anstalt in Sedres, 400,000 M.  
Staatszuschuß erfordern. — Das Glasmalerei-Institut könne nicht in  
gemeinsamer Weise prosperiren, weil ihm die nötigen Bestellungen  
fehlten.

Darauf wird Kapitel 123 bewilligt. Es folgt Kapitel 124:  
„Kultus und Unterricht gemeinsam.“

Bei Titel 1: „Befolgungen für Schulräthe“, verlangt Abgeord-  
neter Frhr. v. Red, daß die Ansichten der Schulräthe in der Unterrichts-  
verwaltung weniger berücksichtigt werden sollen, als die aus lokaler  
Sachkenntnis beruhenden Wünsche und Vorschläge der Lehrer und Lokal-  
schulinspektoren.

Abg. Dr. Mosler (Zentrum) beschwert sich darüber, daß in den  
Regierungsbezirken Oppeln und Liegnitz der evangelische Schulrath  
Dezernent für die katholischen Schulen ist. In Posen sind zwei anti-  
katholische Schulräthe angestellt. Der Kulturkampf hat ja wenigstens  
die Illusion zerstört, daß die Altkatholiken zur katholischen Kirche ge-  
hören. Deshalb werden hoffentlich in Posen römisch-katholische Schul-  
räthe mit der Aussicht über die katholischen Schulen betraut werden.

Bei Tit. 5: „zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen  
aller Bekenntnisse 3,255,612 M.“ erhebt Abg. Majunke Beschwerde  
darüber, daß das Zusatzgehalt einem Theile der Sulfural-Pfarrer  
nicht ausbezahlt werde, ebenso auch nicht den Missionspfarrern, und  
daß die Gemeinden zur Aufbringung der Zusatzgehälter herangezogen  
werden. Was den ersten Punkt betrifft, so ist nach einer Erklärung  
der Regierung anzunehmen, daß dieselbe mit den betreffenden Gemein-  
den noch in Verhandlung stehe, und daß nach Abschluß derselben die  
Gebälter gezahlt werden. Den Missionspfarrern will man das Gehalt  
nicht zahlen, weil sie sich nicht in selbständigen Pfarren befinden. Allein  
wenn nicht aus Rechts-, so doch aus Billigkeitsgründen möge man  
ihnen das Gehalt gewähren. Daß die Gemeinden zu diesen Gehältern  
herangezogen werden können, ist in der Budgetkommission nie erwähnt  
worden.

Minister v. Gögler: Vorweg muß ich erklären: Der erwähnte  
Fonds ist kein Dotationsfonds. Man muß sich nun fragen, ob es  
möglich ist, den Missionspfarrern Gehalte zu gewähren. Nun wurde  
im Jahre 1873 seitens des Regierungskommissars erklärt, daß der Cen-  
tritt des Staates in die Zahlung des Gehalts nur ein subsidiärer  
sei. Auch Ministerial-Beschlüsse sind in ähnlicher Weise aus. Unter  
diesen Umständen ist die Regierung nicht in der Lage, den Missions-  
pfarrern die Gehälter auszusahlen. Daß die Regierung die Gemeinden  
mit größter Rücksicht behandelt, wird allgemein anerkannt; ohne Be-  
rechtigung und zwingende Veranlassung hat sie ihre Prärogativepflicht  
nicht in Anspruch genommen.

Abg. Majunke hält seine Behauptungen aufrecht.  
Darauf wird die Debatte geschlossen und Tit. 5-18 genehmigt.  
Bei Kap. 125 „Medizinalwesen“ betont Abg. Frhr. von

Geerem an die Nothwendigkeit, das Gesetz, welches den barmherzigen  
Schwestern die Krankenpflege verbietet, aufzuheben. Dafür werde er  
Jahr für Jahr seine Stimme erschallen lassen, bis das Gesetz gefallen  
sei, denn es verlege die Herzen der Katholiken aufs Tiefste und sei an  
ungenügendsten motiviert. Es ist ein Hammer, daß man noch um die  
Erlaubnis bitten muß, mildthätig zu sein. Heute würde sich wohl keine  
Majorität mehr für ein solches finden. Wenn jetzt auch im Allgemeinen  
eine mildere Handhabung der Maigesetze eingetreten ist, so ist man  
doch noch äußerst mißtraulich und untersucht selbst die kleinsten Kleinig-  
keiten. Warum hier diese Aengstlichkeit, diese außerordentliche Vor-  
sicht? Das ist kein Wohlwollen; man kann die Beaufichtigung der freien  
Kongregationen auch nach dem Gesetz milder handhaben. Es ist nun  
generell die Aufnahme neuer Mitglieder bis zu einer bestimmten  
Zahl genehmigt worden, aber das Bedürfnis können nicht die Behörden,  
sondern nur der Orden selbst bemessen. Nun wird noch nach der Auf-  
nahme einer Schwester die nachträgliche Genehmigung der Behörden  
vorbehalten. Was das für einen Zweck hat, sehe ich nicht ein; es ist  
nur ein Zeichen des kleinlichen bürokratischen Geistes. Wenn man  
Alles das sieht, muß den Katholiken der Gedanke aufsteigen, daß eine  
Abneigung gegen katholische Einrichtungen vorhanden ist. Und dieses  
Mißtrauen kann man überall finden. Sowie ein Geistlicher seine  
Pflicht vergaß, hat die Regierung ihn für ihre Zwecke für geeignet  
gehalten, wo sich ein Beamter kulturell nicht zeigte, wurde er be-  
fürwortet. Und die besten, edelsten und aufopferungsvollsten Wesen wie  
die barmherzigen Schwestern verfolgt man. Man verlaulurirt Alles,  
gestattet der Polizei die größte Willkür, während man gegen die Wa-  
gabunden viel rücksichtsvoller ist. Wenn man diese milde Behandlung  
auch den Schwestern zu Theil werden ließe, würden wir nicht so zu  
klagen haben. Die Schwestern übernehmen ihre schwere Aufgabe ohne  
Lohn, für das ganze Leben, verzichten auf Alles aus Liebe zu Gott  
und den Menschen. Und an solcher Oseerwilligkeit und Charakter-  
festigkeit haben wir heute keinen Ueberfluß, zumal bei den jetzigen  
sozialen Verhältnissen. Das Alles müßte dahin führen, diese Orden  
zu fördern, nicht aber ihnen so feindselig zu begegnen. Es ist also  
unbedingtes Erforderniß, dies Gesetz möglichst bald zu beseitigen, um  
es mehr wie alles Andere an den Wurzeln der Monarchie nagt. (Bei-  
fall im Centrum.)

Minister v. Gögler giebt eine Uebersicht über die Anwendung  
des Gesetzes im letzten Jahre. Wir verlangen jetzt nicht wie früher  
monatlich, sondern nur vierteljährlich eine Nachweisung, und verlangen  
nicht mehr die Angabe, aus welchem Grunde eine Verletzung der  
Schwestern stattgefunden hat. Zur Aufnahme von neuen Schwestern  
haben wir gewissermaßen blanko die Erlaubnis erteilt und es sind in  
den letzten beiden Jahren 900 bis 1000 Schwestern aufgenommen  
worden. Auch haben wir die Genehmigung zur Gründung neuer  
Niederlassungen in 26 Fällen erteilt, und nur in zweien ver sagt, und  
in 53 Fällen haben wir gestattet, daß die Schwestern gleichzeitig  
Unterricht an kleine Kinder erteilen. Da kann man von bureau-  
kratischer Engherzigkeit doch nicht reden. Ich kann es leider nicht be-  
streiten, daß die Ordensschwestern recht oft die gesetzlichen Bestimmungen  
außer Acht lassen. An dem Wohlwollen der Staatsregierung fehlt  
es also nicht.

Abg. Bachem verlangt ebenfalls, daß das ganze Gesetz fallen  
muß, damit nicht über den Niederlassungen der Ordensschwestern stets  
das Damoklesschwert der Aufhebung schwebt. Die jetzigen Zustände  
sind wahrhaft untraglich. Die Staatsregierung zeigt sich noch kultur-  
kämpferischer als irgend eine Partei und hat die Anregungen aus dem  
Hause auf eine mildere Anwendung des Gesetzes nicht beachtet. Wo  
bleibt die Majestät der Gesetze, wenn ein ehrwürdiger Pfarrer, der nur  
seinem Gewissen folgend, einem sittenlosen Kaplan die heiligen Amts-  
handlungen unterlagert hat, nach dem niedrigsten Strafmaße, mit sechs  
Monaten bestraft wird? Das Ansehen der Behörden, die genehmigt  
sind, solche Gesetze im Namen des Königs anzuwenden, muß dadurch  
untergraben werden.

Abg. Mooren hebt die segensreiche Wirkung der Ordens-  
schwestern, namentlich auf dem Gebiete des Unterrichts, hervor und  
verlangt die Aufhebung der sie beschränkenden Verfügung im Interesse  
der Freiheit und der lebenden Menschheit.

Abg. Cremer befürwortet ebenfalls die Aufhebung des Kloster-  
gesetzes als eines der schärfsten Kampfgesetze, zumal auch die Frauenorden  
zur Lösung der sozialen und der Frauenfrage viel beitragen könnten.  
— Was den Fall mit dem Kaplan in Ehrenfels betrifft, so muß ich  
doch konstatiren, daß es daselbst eine starke Partei giebt, welche be-  
hauptet, der Kaplan sei politischen Intrigen zum Opfer gefallen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich freue mich, daß Abg. Cremer sich  
der Sache der barmherzigen Schwestern angenommen hat. Was aber  
den Fall in Ehrenfels betrifft, so weiß ich, daß der Pfarrer einer  
der ehrwürdigsten Geistlichen ist. Auch die liberalen Blätter be-  
fanden die tiefste Entrüstung, welche jetzt durch die Rheinlande  
geht. Glauben Sie, daß man einen Geistlichen ohne Noth so an-  
faßt, wenn es nicht nothwendig ist ein öffentliches Vergerniß zu  
beseitigen. Ein Grund zu der Vertreibung des Herrn Cremer  
war also nicht vorhanden. Insofern der Minister wird ja erfahren  
können, ob dem Kaplan ein Unrecht geschehen ist. Wenn aber derartige  
Beschwerden vorgebracht werden, wäre ein tröstendes, beruhigendes  
Wort des Herrn Ministers wohl angebracht. Er wird nun sagen:  
das ist Gesetz! Allein Pilatus berief sich auch auf das Gesetz, an  
Wohlwollen fehlte es auch ihm nicht! Ich hätte erwartet, er würde  
versprechen, daß er seinem Kollegen, dem Justizminister, Vorstellungen  
machen werde.

Minister v. Gögler: Mir ist es nicht klar geworden, weshalb  
dieser Fall bei den Medizinal-Angelegenheiten vorgebracht wird.  
(Sehr richtig!) Ich hielt es nur für einen Ausfluß der Gesinnung  
des Abg. Bachem, der mein Ressort gar nicht betraf. Mir scheint  
es aber jetzt, daß hier doch eine bestimmte Absicht vorwaltet. Ich  
kann versichern, daß die Angelegenheit mir neu war. Wenn ich  
nur aus Zeitungsnachrichten so etwas erfahre, bin ich nicht in der  
Lage, mit den betreffenden Behörden mich in Verbindung zu setzen.  
Auch der Herr Justizminister ist nicht in der Lage, einzuschreiten, denn  
der Staatsanwalt möchte ich sehen, der es sich gefallen läßt, daß man  
ihn vorschreibt, ob eine Anklage erhoben wird oder nicht. Ich wieder-  
hole: wenn ich irgend wie mit der Sache betraut werde, will ich thun,  
was ich kann. Ich kann aber keine Blanko-Erklärung abgeben, ohne  
den Fall untersucht zu haben.

Abg. Windthorst: Von einem Plane ist hier keine Rede. Ich  
und Herr v. Geerem mußten nicht, daß Abg. Bachem diese Ange-  
legenheit hier zur Sprache bringen würde. Daß er es durfte, hat der  
Umstand bewiesen, daß der Herr Präsident ihn nicht zur Sache rief.



Nachdem es aber geschehen, hat der Herr Minister auch Anlaß gehabt, sich zu äußern. Er hat es nur unklar gelassen, ob er erst dann die Sache unteruchen wird, wenn sie an ihn kommt. Der Eindruck, den solche Ausflüchte machen, ist ein sehr unangenehmer. Der Justizminister kann wohl einschreiten. Es ist mehrfach vorgekommen, daß er die Behörden telegraphisch angewiesen hat, ihr Vorgehen zu berichtigen. Das verlange ich gar nicht einmal. (Weiterkeit.) Ich werde ruhig die Sache abwarten, und wenn wir nicht erfahren, daß man sich ihrer angenommen hat, werde ich eine formelle Interpellation einbringen.

Darauf wird die Debatte geschlossen, Tit. 1 bewilligt und die Fortsetzung der Debatte bis Abends 7½ Uhr vertagt. Schluß 4 Uhr.

**Abendigung.**

Am Ministertische: v. Götler. Vizepräsident Schr. v. Seereman eröffnet die Sitzung um 7½ Uhr.

Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben, Kap. 125, Tit. 2 „Kreisphysiker 722,139 M.“

Abg. Dr. Thilenius befürwortet eine Gehaltsaufbesserung der Kreisphysiker schon vor der allgemeinen Organisation des Medizinalwesens, weil die Arbeiten derselben sich in letzter Zeit erheblich vermehrt hätten.

Abg. Reichensperger (Köln) hofft, daß die in diesem Titel einbezogene Position für Impfsäfte zum letzten Male im Etat stehe.

Die Titel 2 bis 13 werden bewilligt. Bei Tit. 14 „für medizinisch-polizeiliche Zwecke 28,500 M.“ bittet Abg. Douglas, daß giftbaltige Medikamente nur in Gefäßen verabreicht werden, die in Farbe und Form entschieden gekennzeichnet sind.

Die übrigen Titel des Kap. 125 werden ohne wesentliche Debatte bewilligt. Damit sind die dauernden Ausgaben erledigt. Es folgt das Extraordinarium des Kultusetats, Kap. 14, Tit. 1 „Dienstgebäude für das Konsistorium in Münster, 81,000 M.“ Die Budgetkommission beantragt nach einstimmigem Beschluß die Ablehnung der Position, da, wie der Referent Abg. Graf Limburg-Stürum und Abg. Dr. Lieber ausführten, das Gebäude, das man anzufangen und einzurichten beabsichtigt, zu baufällig und zu theuer sei. Die Forderung wird gestrichen. Tit. 2 „zum Erweiterungsbau des zoologischen Museums der Universität zu Königsberg, 86,000 M.“ wird debattenlos genehmigt, ebenso Tit. 3 bis 25. Auch bei den folgenden Titeln entspinnt sich keine erhebliche Debatte. Unter Anderem werden bewilligt „für die Aufstellung der pergamentenen Funde 28,000 M.“ Bei Tit. 43 „zum Ankauf des niederländischen Palais in Berlin zum Zwecke der Erweiterung der königl. Bibliothek 2,600,000 M.“ und Tit. 44 „zum Umbau und zur Erweiterung der königlichen Bibliothek in Berlin 420,000 M.“ führt der Referent Abg. Dr. Virchow aus, daß die Regierung trotz des Ankaufs des Palais an dem Plane eines Neubaus eines Bibliotheksgebäudes und zwar auf dem Plage der Kunstakademie festhält. Die jetzige Einrichtung wäre also nur eine provisorische. Da indessen die Zustände der Bibliothek derartig sind, daß schleunige Abhilfe durch ihre Erweiterung noth thut, bis zur Fertigstellung des Neubaus aber noch mindestens zehn Jahre vergehen werden, so ist die Kommission dafür, das niederländische Palais anzukaufen und dafür den in der Behrenstraße gelegenen Theil des kaiserlichen Palais einzutauschen. Sie empfiehlt deshalb die Positionen zu bewilligen, jedoch in Titel 43 den Zusatz zu machen „zur provisorischen Erweiterung der königlichen Bibliothek.“

Minister v. Götler weist ebenfalls auf die Unzulänglichkeit der jetzigen Bibliotheksräume hin, die einen Neubau bedinge. Leider könne derselbe nicht auf der Museumsinsel ausgeführt werden und habe man deshalb das Gebäude der Kunstakademie dafür in Aussicht genommen, während man die Kunstakademie nach Charlottenburg zu verlegen beabsichtige.

Abg. Löwe (Berlin) bittet, von dem letzteren Plane Abstand zu nehmen, weil durch eine solche Verlegung aus dem Centrum der Stadt der Kunstschule selbst ein schwerer Schaden zugefügt werde.

Abg. Reichensperger ist dafür, daß Berlin zu seinen Kunstakademien und Prachtbauten à la Löwe (Feierfest) selbst mehr beisteuern sollte. Wenn man auch diese Position genehmige, so solle man wenigstens den Neubau für die Musikhochschule ablehnen (Tit. 46.) Die Kunstakademie könnte besser aufgelöst werden, denn die Ausgaben dafür stehen zu den Erfolgen in keinem Verhältnis.

Der Referent Abg. Virchow hält es für die Aufgabe der Regierung, an einer Stelle wenigstens zu zeigen, was sie leisten kann.

Der Antrag der Kommission wird sodann angenommen und die folgenden Titel bewilligt, darunter zur Restauration der Schloßkirche in Marienburg und eines Kreuzgangflügels nebst Treppe im Hochschloß, sowie der „goldenen Pforte“, zweite Rate 60,500 M. Damit ist der Etat des Kultusministeriums erledigt und zugleich die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Nachtrags-Etat, Klassensteuergesetz und Etatsberatung. Schluß 10½ Uhr.

**Briefe und Zeitungsberichte.**

C. Berlin, 2. März. [Der Reichskanzler und Herr von Bennigsen. Der Bericht über die Gewerbeordnungs-Novelle. Kolonialprojekte.] Nachdem die mancherlei Details, mit denen man in den Zeitungen die Thatsache einer Unterredung des Abg. von Bennigsen mit dem Reichskanzler ausgeschmückt hatte, nach einander sämmtlich dementirt worden, wird die von uns gleich an die erste Mittheilung der Thatsache geknüpfte Warnung vor weitgehenden Interpretationen derselben wohl allmählig so berechtigt erscheinen, wie sie es nach der Lage der Dinge von Anfang an war. Man braucht sich nur der gegenwärtigen Zusammenfügung sowohl des Reichstags, als des Abgeordnetenhauses zu erinnern, um sich zu sagen, daß eine Regierungspolitik, für welche liberale Politiker die Initiative ergreifen und die Verantwortlichkeit tragen könnten, jetzt ausgeschlossen wäre, auch wenn Fürst Bismarck die dazu erforderliche Wandlung seiner Auffassung über die Aufgaben der inneren Politik schon durchgemacht hätte. Und auch Letzteres wird zu bezweifeln sein; mag man auch vielleicht annehmen dürfen, daß er seine Unterschrift ohne genaue Prüfung des Textes unter Schriftstücke wie das an einen Bauernverein gerichtete Schreiben setzt, worin die erstaunliche Bemerkung vorkommt, die ländliche Bevölkerung werde von anderen Klassen „ausgebeutet“, so ist doch kein Grund zu der Vermuthung vorhanden, daß der Kanzler sich von dem allgemeinen Gedankengang, welcher seinem Auftreten seit 1879 zu Grunde lag, prinzipiell abgewandt hätte; nur über die Möglichkeit, im Sinne desselben gesetzgeberisch etwas durchzuführen über die Grenzen, innerhalb derer dies etwa möglich sein möchte, denkt er jetzt fähler. Die Veränderung der politischen Konstellation, welche sich daraus und aus dem erneuten Zerwürfniß mit der Kurie, resp. dem Centrum ergibt, dürfte sich zunächst nur in einer Passivität des Kanzlers gegenüber den noch unerledigten reaktionären Vorlagen einiger „kleinen Minister“ — zu denen

trotz seiner entgegenstehenden Ansicht auch Herr v. Puttkamer zu rechnen ist — und in der Enthaltung von Maßnahmen äußern, welche von Neuem herausfordernd wirken könnten. Mehr, als ein friedlicher modus vivendi mit den Liberalen ist zunächst nicht beabsichtigt. — Der gestern Abend ausgegebene Bericht der Gewerbekommission des Reichstags über die Novelle zur Gewerbeordnung ist ein auffallend unbedeutendes, inhaltloses Schriftstück. Der Verfasser, Abg. Dr. Hartmann, gehört zu jenen sächsischen Konservativen, welche ihre altpreußischen Fraktionsgenossen noch an Sehnsucht nach obrigkeitlicher Bevormundung übertreffen. So mag der Berichtsteller persönlich keines sachlichen Materials bedurft haben, um von der Vortrefflichkeit der, in der Kommission im Wesentlichen gebilligten Regierungsvorschläge überzeugt zu werden; wer aber nicht auf diesem Standpunkte steht, wird doch wünschen, aus dem Bericht zu erfahren, was an derartigem Material von den Befürwortern der vorgeschlagenen, zahlreichen polizeilichen Beschränkungen zur Ueberwindung der liberalen Einwendungen vorgebracht worden; man sucht aber danach vergeblich, und ebenso fehlen fast durchweg — vermuthlich zur Herstellung des Gleichgewichts — die Gründe, welche von liberaler Seite der Vorlage entgegengesetzt wurden; der Bericht ist im Wesentlichen nur ein magerer Protokoll-Auszug. — Zu den Projekten, welche vor einigen Jahren in der Regierungspolitik eine gewisse Rolle spielten, aber denen an der entscheidenden Stelle keine Aufmerksamkeit mehr gewidmet wird, gehören die der „Organisation der Auswanderung“ im Sinne einer deutschen Kolonialpolitik, der Subventionirung von Dampferlinien u. dergl. Es ist der Mühe werth, dies hervorzuheben, weil periodisch auch für diese Projekte noch zuweilen eine Lanze in dem Blatte gebrochen wird, welches dem Kanzler „ein gewisses Quantum weißen Papiers“ zur Verfügung stellt; auf demselben tummeln sich, wenn „der Chef“ es nicht in Anspruch nimmt, auch untergeordnete Geister der offiziellen Kreise gelegentlich auf eigene Faust, namentlich einer, den man am beständigen Zorn über das Scheitern der Samoa-Vorlage und darüber, daß nirgends eine deutsche Dampferlinie Subvention beansprucht, erkennt.

— Der Minister des Innern hat den Oberpräsidenten durch Zirkular-Erlaß mitgetheilt, daß nach der Bestimmung des Kaisers die zur Feier des Geburtstages desselben üblichen Diners in diesem Jahre „nicht an dem, in die Charwoche fallenden 22. März, sondern, wie dies in früheren ähnlichen Fällen und zuletzt im Jahre 1880 geschehen ist, am vorhergehenden Sonnabend den 17. März zu veranstalten sind. Illuminationen der öffentlichen Gebäude und der Dienstwohnungen haben nicht stattzufinden.“

— Auf der Tagesordnung der auf morgen, Sonnabend, anberaumten Sitzung des Bundesrathes stehen zunächst die beiden Vorlagen, betreffend eine internationale Vereinbarung über technische Einheit im Eisenbahnwesen und die Abgabe stark wirkender Medikamente in den Apotheken. Es folgt dann Beschlusfassung über den Antrag, betreffend die Zusammensetzung der Kommission zur Untersuchung der Zuckerbesteuerung, sowie über die vom Reichstage beschlossenen Resolutionen zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1883/84. Den Beschluß macht ein Ausschußbericht, betreffend die Formulare für Staatsangehörigkeits-Ausweise.

— Ueber die Verhandlungen mit dem Vatikan hat sich — wie die „N. Z.“ schreibt — ein süddeutscher Staatsmann jüngst wie folgt geäußert:

„Wenn es dem Vatikan mit dem Frieden ernst wäre, würde dieser in vier Stunden geschlossen sein, und wenn der Friede in vier Stunden nicht zu Stande gekommen ist, kommt er nicht in vier und nicht in vierzig Jahren zu Stande. Während man in ganz Europa weiß, daß der Vatikan den Frieden mit Deutschland gar nicht brauchen kann, will man dies in Berlin allein nicht wissen, wo doch der scharblickendste Staatsmann Europas weilt. Die Frage, welche die Welt beschäftigt, ist daher auch gar nicht, ob der Friede zu Stande kommt, sondern was Berlin bestimmt, die Wirklichkeit zu ignoriren.“

**Vocales und Provinzielles.**

Posen, 3. März.

d. [Bei der Beratung des Unterrichts-etats] am 28. v. M. erklärte der Herr Minister v. Götler, es habe der Abg. Propst Dr. v. Jazdzewski dazu beigetragen, daß in Rumiencowo (?) eine Simultanschule eröffnet werde. Dem „Kurjer Pozn.“ geht nun von dem Dr. Jazdzewski ein Telegramm folgenden Inhaltes zu: Die Erklärung des Herrn Ministers sei für ihn unverständlich; er habe niemals Simultanschulen unterstüßt.

d. Die polnische Rustikalbank hielt am 1. d. M. unter Leitung des Grafen N. Kowalecki, Vorsitzenden des Aufsichtsraths, im Bazar-saale ihre Generalversammlung ab. Nach dem von dem Direktor der Bank, Dr. Buski, verlesenen Rechenschaftsberichte betrug der Gesamtumsatz im Jahre 1882: 17,086,861 Mark; der Reservefonds ist von 23,259 Mark auf 26,444 Mark gestiegen. Am Ende d. J. 1882 waren 88 bäuerliche Grundstücke mit zusammen 2510,459 M. zu 3—6 monatlicher Kündigung, 4 größere ländliche Besitzungen mit 77,260 M., 12 städtische Grundstücke mit 38,862 M. beliehen, zusammen also 104 Grundstücke mit zusammen 368,582 Mark. Die Depositen betragen am Ende des Jahres 1882: 186 mit zusammen 309,069 M. Der Reingewinn betrug 42,750 M. Davon sind 4 pCt. des Anlagekapitals in Höhe von 600,000 M. = 24,000 M. für die Aktionäre, 3750 M. für den Reservefonds, 3000 M. für den Vorstand und den Aufsichtsrath, 12,000 M. als Superdividende für die Aktionäre bestimmt worden, so daß also die Aktionäre im Ganzen 6 pCt. Dividende erhalten.

r. Gestern Abends 16 Uhr war von einem Handwagen an der Ecke Gr. Gerbers- und Dominikanerstraße ein Ballon Benzin aus das Straßenpflaster gefallen, so daß das Benzin ausfloß. Ein hinzugekommener Junge machte sich das Vergnügen und steckte die Flüssigkeit an, worauf sofort eine hohe Feuerzunge entstand und den Handwagen, welcher noch nicht entfernt worden war, mit entzündete. Die allarmirte Feuerwache, welche schnell erliefen, konnte, da die Flamme bereits erloschen, wieder abrüden. — Heute Morgen 12½ Uhr war Wasserstraße Nr. 25 im Hinterhause, II. Etage, durch einen schadhafsten Schornstein die Balkenlage und Schaalbede in Brand gerathen. Von der allarmirten Feuerwache wurde die schadhafte Stelle bald frei gemacht und der Brand mit einigen Eimern Wasser gelöscht.

**Aus dem Gerichtssaal.**

\* Posen, 1. März. [I. Strafkammer. Betrug.] Am September v. J. brannte eine dem Wirth Paul Karpinski in Sulenem gehörige Scheune nebst Stall mit allen darin enthaltenen Inventarstücken und Erntevorräthen total nieder. R. war bei der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ versichert und reichte eine Liquidation ein, in welcher alle verbrannten und versicherten Gegenstände aufgeführt waren. — Es stellte sich jedoch heraus, daß in dieser Liquidation eine Anzahl Gegenstände als verbrannt angegeben waren, welche zur Zeit des Brandes in den abgebrannten Gebäuden überhaupt nicht vorhanden gewesen sind, insbesondere sollten 2 Fuhren Erbsen, 1 Fuhre Klee, 2 Schock Roggenstroh, 90 Mandel Roggen- und 16 Mandel Weizen, 5 Fuhren Heu und 1 Fuhre Raps verbrannt sein. Da zu dem Grundstücke des R. überhaupt nur 33 Morgen Land gehören, so stellten die Sachverständigen fest, daß nach den betreffenden Inventarplänen R. höchstens 80 Mandel Roggen- und 12 Mandel Weizen geerntet haben könnte, ferner, daß zur Zeit des Brandes höchstens eine Fuhre Heu vorhanden war. Ein Arbeiter, der bei R. gedroschen hatte, befandete, daß zur Zeit des Brandes Raps überhaupt nicht vorhanden war und R. gestand endlich zu, Erbsen und Klee überhaupt nicht geerntet und höchstens ein Schock Roggenstroh geerntet zu haben. Es wurde gegen ihn Anklage wegen versuchten Betruges erhoben. Er führt zu seiner Entschuldigung an, daß er bis Ende Juli in Untersuchungshaft gewesen sei und sich um die Ernte nicht gekümmert habe, er habe daher die Liquidation nach den Angaben seiner Ehefrau aufgestellt. Nach Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen wurde R. zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

Berlin, 2. März. [Der Brand der Hygiene-Ausstellung] und die Ursachen, welche denselben herbeiführt, beschäftigten heute die III. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. in umfangreicher Verhandlung. Den Vorsitz im Gerichtshofe führte Landgerichtsdirektor Martens, die Anklage vertritt Staatsanwalt Stebbin als Verteidiger fungirt Rechtsanwalt Thelen. Die auf fabriklässige Brandstiftung lautende Anklage richtet sich gegen den wegen Arbeitssahls, Landstreichens, Arbeitsscheu u. acht Mal vorbestraften Arbeiter, früheren Schloffer Ernst Friedrich Wagener, der beschuldigt ist, durch ein unvorsichtig fortgeworfenes Streichholz den Brand der Hygiene-Ausstellung verursacht zu haben. Die Beweisaufnahme ergab absolut nichts neues Thatsächliches. Der Staatsanwalt beantragte selbst das Nichtschuldig. Die Anklage sei überhaupt gegen die Ansicht der Staatsanwaltschaft von der 5. Strafkammer erhoben worden, weil dieselbe die Schlussfolgerung machte, daß, wenn der Angeklagte so leichtsinnig war, überhaupt ein Streichholz anzustecken, ihm nicht die Vorsicht vertrauen könne, daß er das Streichholz auszulassen habe. Es habe sich ergeben, daß überhaupt nicht vorsichtig genug mit Feuer umgegangen sei. Die Anklage sei ursprünglich auch gegen die Erbauer des Ausstellungsgebäudes ausgedehnt gewesen, weil man annahm, daß dieselben gegen die Regeln der Kunst und fabriklässige Arbeit arbeiteten. Leider habe sich aber ergeben, daß derartige gefahrliche Ausstellungsbauten bis dahin nicht Ausnahmen, sondern Regel waren und die Staatsanwaltschaft habe die Herren deshalb außer Betracht gelassen und sie thue dasselbe bezüglich des Angeklagten, indem sie die Freisprechung beantrage. Diefem Antrage schloß sich Rechtsamwalter Thelen an, welcher auf die vielen möglichen Entschüldigungen hinwies. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

**Staats- und Volkswirthschaft.**

\*\* Paris, 1. März. Bankausweis.

Zunahme.	
Baarvorrath in Gold	1,793,000
Notenumlauf	42,768,000
Abnahme.	
Baarvorrath in Silber	1,038,000
Vorteile der Hauptbank u. d. Filialen	30,521,000
Gesamt-Vorschüsse	633,000
Guthaben des Staatschatzes	14,955,000
Laufende Rechnungen der Privaten	51,215,000
Zins- und Diskont-Erträge	575,000
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath	72,95.

**Pernisches.**

\* Spende der Kaiserin für Amerika. Der Kabinettssekretär von dem Kneiebed theilte der Firma Reich u. Rothstein mit, daß die Kaiserin für die Ueberschwemmten in Amerika 1000 M. bewilligt habe. \* Ein angenehmes Desinfizirungsmittel für Krankenräume und Wohnräume ist eine Auflösung von Salicylsäure in Kolonialwasser. Die Vertheilung geschieht vermittelst eines Verstäubers aus Möbel, Teppiche, Vorhänge u. s. w. Die Zusammensetzung wird als Parfüm für Taschentücher empfohlen, vorzugsweise für Damen und beim Fahren im Omnibus, beim Besuch von Kirchen und öffentlichen Versammlungen, besonders zur Zeit, wo Epidemien herrschen. \* Die Schnelligkeit und Höhe der Meereswellen. In der neuesten des Londoner „Nautical Magazine“ begegnen wir einem Artikel aus der Feder Kapitän Riddle's, des bekannten englischen Seefahrers, über die Höhe und Geschwindigkeit der Wellen des atlantischen Ozeans, der ein weit über sachmännische Kreise hinausgehendes Interesse besitzt. Nach bisheriger Annahme berechnete man die Durchschnittsgeschwindigkeit der Meereswellen auf ungefähr 9 englische Meilen pro Stunde. Kapitän Riddle will jedoch auf Grund vieljähriger Erfahrungen und vielfacher Messungen, die er bei stürmischer See vorgenommen hat, eine Wellengeschwindigkeit von 25 englischen Meilen pro Stunde der Schiffsgeschwindigkeitsrate bei vollem Winde (das Schiff legt ungefähr vier Knoten in der Stunde zurück) gefunden haben. Schätzung kommt der Wahrheit jedenfalls viel näher, als die bisherigen. Da aber einige der großen Atlantikstürme, welche die britische Insel heimsuchen, nach kürzlichen Berechnungen des englischen Meteorologen Ley sich in fortschreitender Richtung mit einer Rate von 25 englischen Meilen pro Stunde bewegen, so ist es höchst wahrscheinlich, daß die Wellen des atlantischen Ozeans während der heftigsten Orkane mit einer noch größeren Gewalt anrollen werden, als selbst der erfahrene Seefahrer annehmen würde. Nach Kapitän Riddle's Messungen beträgt ferner die Höhe der Wellen zur Sturmzeit gelegentlich mehr als 40 Fuß und im Durchschnitt 30 Fuß. Im Interesse einer gesicherten Schifffahrt, und zwar besonders während der heftigen atlantischen Winterstürme, liegt es demnach bedingt, die zuverlässigsten Daten über die Höhe und Geschwindigkeit der Wellen des atlantischen Ozeans zu erhalten, und die Kapitän Riddle's Messungen über die Höhe, Länge und Geschwindigkeit der Meereswellen vornehmen wollten.

**Telegraphische Nachrichten.**

Neu-Strelitz, 2. März. Der Prinz von Wales ist Mittags hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von der großherzoglichen Familie empfangen worden. Zu Ehren des Prinzen fand Nachmittags im Schlosse ein Galabiner statt; der Großherzog brachte dabei einen Toast auf die Königin Victoria und der Prinz von Wales und dessen Gemahlin aus, den der Prinz von Wales mit einem Toast auf den Großherzog und die



Großherzogin erwieberte. Die Rückfahrt des Prinzen nach Wien ist auf morgen Nachmittag festgesetzt. Bayreuth, 2. März. Nach erfolgter Zustimmung seitens Kaiserin Richard Wagner's und mit königlicher Zuwendung...

Paris, 2. März. Ein Londoner Telegramm des „Temps“ meldet, die Donaukonferenz habe ihre Arbeiten gestern beendet und es erübrige nur noch die Unterzeichnung der Protokolle...

Madrid, 1. März. Nachrichten aus Keres zufolge agitieren die Anarchisten unter den dortigen ländlichen Arbeitern, um die Ernte zur Arbeitseinstellung zu veranlassen...

London, 1. März. [Unterhaus.] Das von O'Connor am 27. Februar eingebrachte Amendement, in welchem unter Hinweis auf den Zustand in Irland erklärt wird, der Umstand, daß jede Zusage...

Washington, 1. März. Der Konferenzausschuß machte Fortschritt mit der Tarifvorlage des Senats, da alle demokratischen Mitglieder die Theilnahme am Ausschuß...

Washington, 2. März. Die Beratungen des Konferenzausschusses über die Tarifvorlage des Senats dauerte gestern nach, eine Ausgleichung der bezüglich der wichtigsten bestehenden Differenzen wurde jedoch nicht erzielt...

Berlin, 3. März. Dem Landtage ist ein Nachtragsetz über den Reichshaushaltsetz für 1883/84 notwendig gewordenen Änderungen in der Einnahmeausgabe...

Rom, 3. März. Anlässlich seines Geburtstages und des Festes der Krönung empfing der Papst die Glückwünsche der Bischöfe und anderer Prälaten...

Table with 4 columns: Ort, Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. rebus. in mm., Wind, Wetter, Temp. i. Cel. Grad. Lists weather data for various locations like London, Berlin, etc.

Seegang leicht. 2) Reis. 3) Reis. 4) Reis. 5) Abends für mische Böen. 6) Reis. 7) Reis. 8) Reis. 9) Reis. 10) Reis. Stala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = bestiger Sturm, 12 = Orkan.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März. Table with 4 columns: Datum Stunde, Barometer auf 0 Gr. rebus in mm. 82 m Seehöhe, Wind, Wetter, Temp. i. Cel. Grad.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 2. März Morgens 1,93 Meter. 2. Mittags 2,00. 3. Morgens 2,06.

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 2. März. Effekten-Societät. Kreditaktien 277 1/2, Franzosen 295, Lombarden 123, Galizier 286, österr. Papierrente 66 1/2, Egypter 74 1/2, Orientanl. —, 1880er Ruffen 73, Gotthardbahn 113, Deutsche Bank —, Nordwestbahn 177, Elbthal —, 4proz. ungar. Goldrente 76 1/2, Lotbr. Eisenwerke —, Matt.

Wien, 2. März. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 318,50, österr. Kreditaktien 38,00, Franzosen 345,80, Lombarden 143,80, Galizier 309,50, Nordwestbahn 210,25, Elbthal 233,00, österr. Papierrente 78,37 1/2, Goldrente 97,50, ungar. 6 pSt. Goldrente 119,90, do. 4pSt. Goldrente 89,37 1/2, do. 5pSt. Papierrente 87,40, Marknoten 18,50, Napoleons 9,48 1/2, Bankverein 114,75, Schwächer.

Paris, 2. März. (Schluß-Course.) Fess. 3proz. amortisirt. Rente 82,70, 3proz. Rente 81,92 1/2, Anleihe de 1872 115,77 1/2, Italien. 5proz. Rente 89,45, Desterreich. Goldrente 84 1/2, 6proz. ungar. Goldrente 102 1/2, 4proz. ungar. Goldrente 75 1/2, 5proz. Ruffen de 1871 92 1/2, Franzosen 735,00, Lombard. Eisenbahn-Aktien 312,50, Lombard. Prioritäten 288,00, Türken de 1865 12,52 1/2, Türkenloose 58,00, III. Orientanleihe —.

London, 2. März. Consols 102 1/2, Italien. 5proz. Rente 88 1/2, Lombarden 12 1/2, 3proz. Lombarden alte 11 1/2, 3proz. do. neue 11 1/2, 5proz. Ruffen de 1871 86, 5proz. Ruffen de 1872 88, 5proz. Ruffen de 1873 87 1/2, 5proz. Türken de 1865 12 1/2, 3proz. fundirte Anleihe 106 1/2, Desterreichische Silberrente 66, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 75 1/2, Dester. Goldrente 83, Spanier 63, Egypter 73 1/2, Ottomobank 20 1/2, Fess. —.

Newyork, 1. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4,81 1/2, Cable Transfer 4,84 1/2, Wechsel auf Paris 5,21 1/2, 3proz. fundirte Anleihe 103 1/2, 4proz. fundirte Anleihe von 1877 119 1/2, Erie-Bahn 37 1/2, Central-Pacific-Bonds 113 1/2, Newyork Centralbahn-Aktien 126 1/2, Chicago- und North-Western-Eisenbahn 146 1/2.

755 Br. 750 Gd., per März 755 Gd., per August-Dezember 830 Gd. Wetter: Sehr schön. Wien, 2. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,05 Gd., 10,10 Br., per Herbst 10,45 Gd., 10,50 Br. Roggen per Frühjahr 7,60 Gd., 7,65 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,85 Gd., 6,90 Br. — Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,85 Gd., 6,10 Br.

Paris, 2. März. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 25,75, per April 26,00, per Mai-Juni 26,75, per Juli-August 27,40. — Roggen ruhig, per März 15,60, per April 17,25, — Weizen 9 Marques rubig, per März 58,30, per April 58,80, per Mai-Juni 59,00, per Juli-August 59,90. — Rüböl ruhig, per März 103,50, per April 104,50, per Mai-August 98,00, per Sept.-Dez. 81,50. — Spiritus fest, per März 53,75, per April 54,00, per Mai-August 54,25, per September-Dezember 53,50. — Wetter: Schön.

London, 2. März. (Anfangsbericht.) Weizen auf Termine ruhiger, pr. März 167, pr. Mai 169. Raps pr. Frühjahr —, pr. Herbst —. Rüböl loco 44 1/2, pr. Mai 44 1/2, pr. Herbst 36 1/2. Amsterdam, 2. März. Bancainn 57 1/2.

London, 2. März. (Anfangsbericht.) Weizen auf Termine ruhiger, pr. März 167, pr. Mai 169. Raps pr. Frühjahr —, pr. Herbst —. Rüböl loco 44 1/2, pr. Mai 44 1/2, pr. Herbst 36 1/2. Manchester, 2. März. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Nicholls 8 1/2, 30r Water Clayton 9 1/2, 32r Rod Townhead 9 1/2, 40r Mule Rayoll 9 1/2, 40r Redio Willifon 10 1/2, 32r Warpcops Lees 8 1/2, 36r Warpcops Qual. Romland 9 1/2, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double courante Qual. 13 1/2, Printers 11 1/2 8 1/2 pSt. 88. Rüböl.

Liverpool, 2. März. (Anfangsbericht.) Rüböl matt, Umlag 8000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 8,000 Ballen, davon 2000 B. amerikanische. Liverpool, 2. März. (Getreidemarkt.) Weizen 1 d. niedriger, Mehl matt, Mais rubig. — Wetter: Schön. Liverpool, 2. März. (Offizielle Notierungen.) Upland good ordin. 5, do. low middl. 5 1/2, do. middl. 5 3/4, do. high middl. 5 1/2, Orleans good ordin. 5 1/2, do. low middl. 5 1/4, do. middl. 5 1/2, Orleans middl. fair 6 1/2, Pernam fair 6, Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 5 1/2, Maranham fair 6 1/2, Egyptian brown middl. 4 1/2, do. fair 7 1/2, do. good fair 8 1/2, do. white middl. —, do. fair 6 1/2, do. good fair 7 1/2, M. G. Broach fair —, Dhollerah middl. —, do. good middl. 3 1/2, do. middl. fair 3 1/2, do. fair 3 1/2, do. good fair 4 1/2, do. good 4 1/2, Domra fair 3, do. good fair 4 1/2, do. good 4 1/2, Sende fair 3, Bengal fair 3 1/2, do. good fair 3 1/2, Madras Tinnevely fair 4 1/2, do. do. good fair 4 1/2, do. Western fair 3 1/2 do. good fair 4.

Petersburg, 2. März. (Produktenmarkt.) Talg loco 72,00, pr. August 71. — Weizen loco 14,00. Roggen loco 9,00. Hafer loco 4,80. Hanf loco 34,50. Leinsaat (9 Pud) loco 14,50. — Frost. Newyork, 1. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 1/2, do. in New-Orleans 9 1/2, Petroleum Standard white in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in New-York 6 1/2, do. Pipe line Certificat — D. 98 O. Mehl 4 D. 30 O. — Rother Winterweizen loco 1 D. 24 1/2 O., do. pr. März 1 D. 23 1/2 O., do. per April 1 D. 25 1/2 O., do. pr. Mai 1 D. 26 1/2 O. — Mais (New) — d. 74 O. — Zucker (Fair refining Muscovados) 7, Kaffee (fair-Rio) 9. Schmalz Marke (Wilcox) 11 1/2, do. Fairb. 12, do. Rohe u. Brothers 11 1/2. Speck (short clear) 10 1/2. Getreidefracht nach Liverpool 5 1/2 D.

Bromberg, 2. März. (Bericht der Handelskammer.) Weizen matt, hochbunt und glatte feiner 173 — 178 M., hellbunt gute mittlere Qualität 150 — 170 Mark, abfallende Qualität mit Auswuchs 115 — 140 Mark. — Roggen nur feine Qualität beachtet, loco inländischer feiner 120 — 122 Mark, mittlere Qualität 117 — 119 M., abfallende Qual. Kamm mit Auswuchs 110 — 115 Mark. — Gerste feine Braumaare 125 — 135 Mark, grobe und kleine Futtergerste 100 — 115 Mark. — Hafer loco feiner 120 — 125 M., geringer 100 — 115 M. — Erbsen, Rothmaare 140 — 160 M. Futterwaare 115 — 125 M. — Mais, Rübien und Raps ohne Handel — Spiritus fest, pro 100 Liter à 100 Prozent 50,25 bis 50,75 Mark. — Rubelkurs 204 Mark.

Stettin, 2. März. (Anfangsbericht.) Wetter: Trübe. + 2° N. Barometer 28,10. Wind: ND. Weizen höher, per 1000 Rilo loco gelber 175 — 187 M., weißer 176 — 187 Mark, geringer und feuchter 120 — 160 Mark, per April-Mai 189 M. bez., per Mai-Juni 191,5 M. bez., per Juni-Juli 192 M. bez., per Juli-August 193,5 M. bez., per September-Oktober 195,5 — 196 M. bez. — Roggen etwas fester, per 1000 Rilogr. loco inländischer 120 — 128 M., geringer und feuchter 100 bis 118 M., per April-Mai 134 — 135 — 134,5 M. bez., per Mai-Juni 136 M. bez., per Juni-Juli 138 M. Gd., per Juli-August 141 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 142 M. bez. u. Gd. — Gerste unverändert, per 1000 Rilo loco Märker, Oberbruch u. Pommerische 115 bis 120 Mark, geringe 105 — 110 Mark, feine Qualität 125 — 145 Mark. — Hafer ruhig, per 1000 Rilo loco Pommerischer 105 — 117 M. — Winterweizen höher, per 1000 Rilogramm per April-Mai — M. Gd., per September-Oktober — M. bez. — Winterweizen raps per 1000 Rilo — M. — Rüböl höher, per 100 Rilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten flüssiges 80 M. Br., per März 79,5 Mark Br., per April-Mai 79,5 M. bez., per September-Oktober 63 Mark bez. — Spiritus fester, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 52,5 M. bez., mit Fass — M. bez., kurze Lieferung ohne Fass — M., per März 52,6 M. nom. per April-Mai 53,6 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 54,2 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 54,9 Mark Br. u. Gd., per Juli-August 55,6 M. Br. u. Gd., per August-September 56,1 — 56,3 M. bez., per September — M. — Angemeldet: Nichts. — Regulierungsdreie: Weizen — M., Roggen — M., Rübien — M., Rüböl 79,5 M., Spiritus 52,5 M. — Petroleum loco 8,45 — 8,5 M. trans. bez., Regulierungspreis 8,5 Mark tr., alte Usance — Mark trans. bez. (Offise-3tg.)



Produkten-Börse.

Berlin, 2. März. Wind: — Wetter: —
Bereits lauteten die auswärtigen Nachrichten heute fester und
da auch die Bitterung sich weniger freundlich als gestern anließ, so
kann es nicht Wunder nehmen, wenn der heutige Markt — seiner vor-

höher ein, ermattete aber im weiteren Verlaufe durch stärkeres Logo-
Angebot und schloß kaum anders als gestern in ruhiger Haltung.
(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 120—202 Mark
nach Qual., mittel — ab Bahn bez., polnischer — bez., gelber märkischer
und schleischer 178—181 ab Bahn bez., per diesen Monat — M. bez.,
per April-Mai 186,5—186,25—187 M. bez., per Mai-Juni 188,5—189,5
bis 189 bez., per Juni-Juli 191,5—192 bez., per Juli-August 193 b.a.,
per August-September — M. bez., per Septemb.-Oktober 193,5—196,5
M. bez. — Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. per 1000
Kilogramm.

Erbsen Kochwaare 150—220, Futtermwaare 135—145 per
Kilogramm nach Qualität.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unwecker
inkl. Sad per diesen Monat 19,80 bezahlt, März-April
per April-Mai 19,95—20 M. bezahlt, per Mai-Juni 20 M. bez.,
Juni-Juli 20,20 bez., September-Oktober 20,60 bez., Gefündigt
Zentner.
Weizenmehl Nr. 00 26,50—24,50, Nr. 0 24,25—22,50,
u. 1 21,50—20,50. — Roggenmehl Nr. 0 21,25—20,25, Nr.
1 19,75—18,75. Feine Marken über Notiz bezahlt.
Rübsöl per 100 Kilogramm loco mit Fass — ohne Fass
bez., per diesen Monat und per März-April — bezahlt, per
Mai 80,8—82 bez., per Mai-Juni 78,8—80,5 bezahlt, per
August — Markt bezahlt, per September-Oktober 62,5
Gefündigt — Zentner.
Petroleum, raffiniertes (Standard white) per Str. mit
Fass von 100 Liter, loco — bez., per diesen Monat 23,5
März-April 23,4 M. bez., per Sept.-Oktober 24,8 M. bez.
— Zentner.
Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,00 Liter
loco ohne Fass 53,5—53,4 bezahlt, loco mit Fass — bezahlt
diesen Monat 53,6 M. romin., per März-April 53,6
April-Mai 54,3—54,2 M. bezahlt, per Mai-Juni 54,6—54,5
bezahlt, per Juni-Juli 55,6—55,4 M. bezahlt, per
56,3—56,4—56,2 M. bezahlt, per August-September 56,7—56,6
bezahlt, per September-Oktober — Markt bezahlt. — Gefündigt
Liter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 2. März. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Hal-
tung und mit meist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet.
Die Spekulation hielt sich sehr reservirt und das Geschäft bewegte sich
Anfangs in bescheidenen Grenzen. Die von den fremden Börsenplätzen
vorliegenden Notierungen lauteten gleichfalls weniger günstig und boten
geschäftliche Anregung kaum dar. Um die Mitte der Börsenzeit trat
eine Befestigung der Tendenz ein und mit wachsender Geschäftsthatig-
keit konnten sich die Kurse mehrfach etwas besser stellen.

Der Kapitalmarkt wies recht feste Haltung für heimische solide
Anlagen auf und fremde, festen Zins tragende Papiere, konnten
sich bei mäßigen Umsätzen meist gut behaupten.
Der Privatdiskont wurde mit 2½ pCt. für feinste Briefe notirt.
Auf internationalem Gebiet setzten Oesterreichische Kreditaktien
niedriger ein, gaben dann auch noch etwas nach, konnten aber schließ-
lich bei ziemlichen Umsätzen ihren Anfangskurs wieder überschreiten;
auch Franzosen und Lombarden waren schwächer und weniger lebhaft.
Von den fremden Fonds sind Russische Wertbe, auch Noten als
fest, Oesterreichisch-Ungarische Renten als ruhig zu bezeichnen.
Deutsche und preussische Staatsfonds waren fest und ruhig; von

inländischen Eisenbahnprioritäten waren 4proz. gefragt.
Lond.-Prioritäten 96,10 bez. u. G.
Banaktien waren fest und mäßig belebt; Diskonto-Kommission
Antheile schwach, Deutsche, Darmstädter Bank etwas besser.
Industriepapiere recht fest, besonders Montanwertbe;
und Dortmunder Union höher und belebt.
Inländische Eisenbahnaktien fest und mäßig lebhaft;
Märkische, Westfälische, Oberschlesische, Rechte Oberuferbahn
Marienburg-Wlawka schwach, Berlin-Samburg, Altona-Rhein-
Hafen-Eutin 35,00 bez. u. G. — Rostocker Zuckerfabrik 114,00
u. G.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.
1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. St., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Dividende pro 1881, Hypotheken-Certifikate, Vom Staate erworbene Eisenbahn-Prioritäts-Aktien, Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.